



Stasi-Chef Mielke (1985): Das MfS überschritt den verbindlichen Grenzwert für DDR-Bürger um den Faktor 16

STASI

Die Spur der Strahlen

Ohne Rücksicht auf die Opfer setzte die Stasi bei Ermittlungen radioaktives Material ein – Dissident Rudolf Bahro könnte es das Leben gekostet haben.

Der Text barg politischen Sprengstoff – und der Autor wusste es. Als Rudolf Bahro, SED-Mitglied, studierter Philosoph und Abteilungsleiter beim VEB Gummikombinat Berlin, am 19. August 1977 mit seinem Freund, dem Musikwissenschaftler Joachim Lucius, in dessen Wohnung über sein Werk sprach, fürchtete er schon eine Verhaftung: „Wer weiß“, sagte er, „wann wir uns wiedersehen.“

In jahrelanger konspirativer Arbeit hatte Bahro sein Manuskript „Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ verfasst. Das Buch, das der SPIEGEL (35/1977) vorab in Auszügen veröffentlichte, erschien Tage später im Westen unter dem Titel „Die Alternative“. Es löste in beiden deutschen Staaten ein politisches Beben aus, da es nicht nur den SED-Staat, sondern auch den Umgang des Westens mit ihm in Frage stellte. Rudolf Bahro brachte es eine Zuchthausstrafe ein – acht Jahre Bautzen. 16 Monate musste er absitzen, dann wurde er in den Westen abgeschoben.

Dissident Bahro hat mit seinem Mut jedoch neben der Freiheit offenbar unwissentlich noch weit mehr riskiert. Jetzt aufgefundene Stasi-Akten lassen den Schluss zu: „Die Alternative“ könnte ihn Gesundheit und Leben gekostet haben.

Als Bahro wenige Tage vor dem Erscheinen des Buchs bei seinem Freund Lucius aufgetaucht war, hatte er ihm auch von einem geheimen Plan berichtet: Mit Freunden habe er etliche Kopien des Manuskripts gefertigt, um seine Kritik auch in der DDR unters Volk bringen zu können.

Doch der vermeintliche Freund war ein Verräter – Lucius diente dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als IM „Rolf Anderson“. Noch am selben Tag informierte der Spitzel seinen Führungsoffizier. „Inoffiziell“ erfuhr die Stasi auch vom Versteck der Manuskriptkopien.

Die Vorstellung, die Brandschrift könne auch unter DDR-Bürgern in Umlauf kommen, versetzte Stasi-Chef Erich Mielke und das SED-Politbüro in Panik. Mit Bahro rüttelte nicht etwa ein Gegner des Sozialismus an den Grundfesten der DDR, sondern ein Mann, der sich selbst als bekennender Sozialist verstand. Die Angst ließ die Stasi jede Rücksicht vergessen. Um Bahros Schriften abzufangen, setzte sie nicht nur auf herkömmliche Mittel wie Wanzen und Spitzel – sie schreckte auch nicht vor einer Manipulation mit radioaktivem Material zurück.

Vor wenigen Wochen stießen Forscher der Gauck-Behörde und Ermittler der Zentralen Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität auf MfS-Akten, die jeden Zweifel ausschließen: Die von Bahro versteckten Manuskripte wurden mit einer radioaktiven Substanz versetzt, um ihren Weg durch die DDR nachvollziehen zu können. Die „radioaktive Markierung der Exemplare“, heißt es in einem Stasi-Dossier, erfolgte „mit Hilfe der technischen Unters-

chungsstelle“. Dadurch hätten die Pakete bei der Abteilung M, der Postkontrolle durch das MfS, „erkannt und sichergestellt“ werden können.

Was die Stasi als Erfolg wertete, brachte Bahro womöglich den Tod. Denn der Kritiker hatte im Sommer 1977 die markierten Manuskripte eigenhändig verpackt und verschickt – er war also der Strahlung intensiv ausgesetzt.

Für Bernd Eisenfeld, Leiter der Projektgruppe Strahlen in der Gauck-Behörde, stellt sich die Frage, ob „die Stasi half, den Krebstod Bahros fahrlässig mit herbeizuführen“. 1997 starb der an Lymphknotenkrebs. Die Strahlenverseuchung, so die Vermutung, könnte die Krankheit ausgelöst haben.

Die Bahro-Akten aus der Gauck-Behörde haben inzwischen Eingang in ein Ermittlungsverfahren „gegen Unbekannt“ gefunden. Tatverdacht: Mord. Eröffnet wurde es im vergangenen Jahr, als sich die Vermutung verdichtete, dass die Stasi in Untersuchungsgefängnissen gezielt Röntgenstrahlen gegen Oppositionelle eingesetzt habe. Der Krebstod zweier prominenter Dissidenten, des Schriftstellers Jürgen Fuchs und des Musikers Gerulf Pannach, hatte dies nahe gelegt (SPIEGEL 20/1999). Die Ermittler haben inzwischen



Krebspatient Bahro (1995), Autor Bahro in Ost-Berlin (1977):

sogar die Mauern eines Stasi-Knasts in Gera auf Röntgenspuren untersuchen lassen – bislang ohne messbares Ergebnis.

Bei ihren Strahlen-Recherchen fanden die Ermittler aber die Beweise für Manipulationen mit radioaktivem Material. Es wurde über Jahrzehnte systematisch eingesetzt, um „Täterfallen“ zu stellen, wie es im Kriminalistendeutsch heißt. So wie die Polizei in aller Welt beispielsweise Lösegeld mit gesundheitlich unbedenklichen phosphorisierenden Substanzen markiert, um Scheine und Täter zu entdecken, setzte der DDR-Geheimdienst die lebensbedrohlichen radioaktiven Substanzen ein. Sie waren farb-, geruch- und geschmacklos und damit für die „Zielpersonen“, die Stasi-Opfer, nicht zu erkennen – so wenig wie die Gefahren, die von ihnen ausgingen.

Der Verdacht gegen die Stasi-Führung stützt sich mittlerweile nicht mehr nur auf Aktenfunde aus der Gauck-Behörde. Mehrere Zeugen, frühere Wissenschaftler aus dem DDR-Nuklearforschungszentrum Rossendorf und einstige Stasi-Mitarbeiter, wurden inzwischen vernommen. Den Deal zwischen DDR-Atomforschung und Stasi leugneten sie nicht: Vom Kernforschungszentrum Rossendorf bei Dresden sei häufig radioaktives Material in die Stasi-Zentrale nach Berlin geliefert worden.

Preußisch genau hat die Stasi die Vorschriften für die Strahlen-Aktionen protokolliert. Den Vertrag aus dem Jahr 1971, der die Zusammenarbeit regelte, unterschrieb für die Stasi ein Oberstleutnant, für das Zentralinstitut für Kernforschung dessen damaliger Chef Professor Günther Flach.

Geliefert wurde offenbar allerhand und nicht gerade selten: Denn Rossendorf kassierte allein 1988 für die ominöse Dienstleistung 40 000 Ost-Mark, in der DDR viel Geld. Offiziell bezahlte ein Institut für Technische Untersuchungen – eine zivil getarnte Stasi-Einrichtung. So rumpelten, wie frühere Stasi-Mitarbeiter bestätigen,

mehrmals im Jahr Dienstwagen mit höchst gefährlichem Gut über die mit Schlaglöchern übersäten Straßen der DDR.

Diverse Dienstanweisungen („Vertrauliche Verschlussache“) schrieben vor, wie das Strahlenmaterial abzuholen und zu transportieren war. Die Stasi-Fahrer aus Berlin hatten für den Weg nach Rossendorf ihre Berliner Kennzeichen gegen Dresdner auszutauschen. Dann luden sie die von der Stasi „Wolke-Mittel“ getauften Materialien ein: im Forschungsreaktor mit radioaktiven Teilchen beschossene und so aktivierte Gegenstände wie Stecknadeln und Papiere, aber auch Isotope in verschiedenen chemischen Lösungen, darunter Zink-65, Cäsium-137 und Iridium-192.

Selbst für den Fall eines Verkehrsunfalls hatte die Stasi Vorkehrungen getroffen. In

„Zielpersonen“ durften danach wesentlich höher belastet werden. Ex-Dissident Sebastian Pflugbeil, seit kurzem Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz und Mitglied der Forschungsgruppe der Gauck-Behörde, hat nachgerechnet: „Das MfS überschritt damit den verbindlichen Grenzwert für normale Bürger der DDR um den Faktor 16.“

Die Rechercheure fanden Hinweise auf jährlich 100 radioaktive Markierungsvorgänge in den siebziger Jahren, in den Achtzigern waren es noch 30 bis 50 Aktionen pro Jahr. Neben dem Fall Bahro lassen sich einige jetzt rekonstruieren:

► Im Dezember 1978 erhielt die Stasi im Kombinat Carl Zeiss Jena „operativ präparierte“ Dokumente aus Berlin. Mit den Schriftstücken wollte die Mielke-Truppe den Physiker Manfred Ludwig als Spion überführen. Der Wissenschaftler kam zwar mit der verseuchten Akte in Berührung – gab sie aber sofort an seinen Chef weiter.

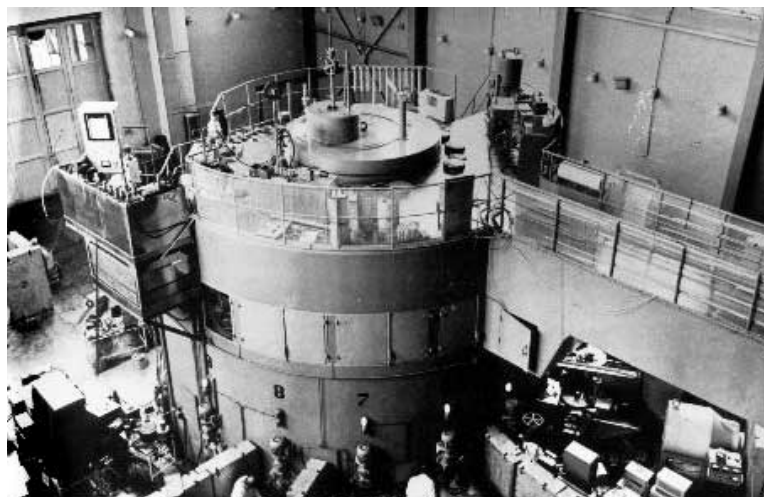
► Im August 1985 setzte die Stasi eine radioaktive Lösung ein, um den „Diebstahl von Westgeld“ in einer Postfiliale aufzuklären. Dazu wurden Fünf-Mark-Scheine markiert. Unter den Tatverdächtigen befand sich eine schwangere Frau.

► Im Februar 1987 plante die Stasi einen Einsatz gegen „zwei Zwillingsschwwestern mit verblüffender Ähnlichkeit, beide Mannequins“. Eine der Schwestern hatte eine Genehmigung zu einer West-Reise erhalten. Die Stasi fürchtete, die beiden könnten „die Rolle tauschen“. Ein Stasi-Offizier wurde „in den Umgang mit der Spritze eingewiesen“, mit der die radioaktive Lösung auf ein Kleidungsstück der einen geschossen werden sollte.

Zahllose Akten belegen weitere Experimente – etwa, wie mit Luftdruckgewehren Substanzen auf Autos geschossen werden sollten. Die „Bereitschaft der Stasi zum Experiment auf Kosten der menschlichen Gesundheit“ ist für Behördenchef Joachim Gauck „Ausdruck der Hybris der Macht“.

So zynisch die Stasi auch mit Menschenleben spielte – es wird wohl juristisch folgenlos bleiben, weil die meisten Straftaten verjährt sind. Selbst wenn wie im Fall Bahro ein Todesfall aktenkundig ist und der Tschech ermittelt werden könnte, der den Befehl für den Strahleneinsatz gab, sind die Chancen für eine Verurteilung eher gering. Vor Gericht würden sich aller Voraussicht nach die Gutachter endlos streiten, welche genaue Wirkung die jeweilige Strahlendosis gehabt haben könnte.

STEFAN BERG



Kernforschungsinstitut Rossendorf: Regelmäßig „Wolke-Mittel“ geliefert

den Autos lagen zwei Briefumschläge mit der Aufschrift „Bei Unfall bitte sofort öffnen“. Darin fand sich ein vager Hinweis auf die gefährliche Fracht: „Verkehrsunfall beim Transport gefährlicher Stoffe ... Informieren Sie sofort unsere Dienststelle.“ So sollte sichergestellt werden, dass nicht einmal die Genossen von der Volkspolizei von den Transporten erfuhren.

Die Spur der Strahlen führt dann laut Akten in die Abteilung „Operativ-Technischer Sektor“ des Staatssicherheitsdienstes, die immer neue Einsatzgebiete bestimmte und hemmungslos herumexperimentierte.

Die „Festlegung Nr. 32/04/88“ der Abteilung unterschied sehr genau zwischen der „Strahlenbelastung für Mitarbeiter des MfS“ und der für „Personen, die zeitweilig mit radioaktiven Gegenständen oder radioaktiven Stoffen in Berührung gebracht werden ... um ihre strafbaren und staatsgefährdenden Handlungen nachweisen und aufklären zu können“. Die so genannten



Radioaktive Nachhilfe durch die Stasi